

## Handwerksbrief 1/2015

### Flüchtlinge: Handwerk fördert und fordert bessere Integration



Präsident Ulrich Mietschke begrüßt Dr. Heiner Garg von der FDP sowie Michael Thomas Fröhlich (links), Hauptgeschäftsführer von UVNord, der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Aktuelle Diskussionen standen im Fokus unseres Parlamentarischen Abends in Kiel, zu dem unser Verband wieder zahlreiche Gäste aus den Reihen der Mitglieder und der Politik begrüßen konnte.

In den Mittelpunkt rückte Präsident Ulrich Mietschke zunächst die Situation der zahlreichen Flüchtlinge, die auch nach Schleswig-Holstein kommen. Mietschke bezog für das Handwerk im Norden klar Position: „Viele Menschen kommen heute zu uns, denen Frieden und Freiheit verwehrt werden und die viel Leid, Flucht und Zerstörung erfahren haben. Gerade hier haben wir eine historische Verantwortung zu helfen und ihnen Zuflucht und Schutz zu gewähren. Aber es reicht nicht, ihnen Zuflucht und Schutz zu gewähren, sondern wir müssen sie bei uns integrieren.“ Das Handwerk könne diesen Menschen eine neue berufliche Heimat bieten, sagte Mietschke unter Zustimmung der zahlrei-

chen Gäste in der Hermann-Ehlers-Akademie: „Bei uns im Handwerk zählt nicht, woher man kommt, sondern wohin man will!“ Diese Einladung richte sich auch an die vielen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die hier schon lange leben und die zum Teil große Probleme beim Berufseinstieg haben. „Heißen wir sie alle willkommen und laden sie alle ein, eine Ausbildung im Handwerk zu beginnen!“ Klar sei aber auch: Integration könne nur gelingen, wenn es mit der Kommunikation klappt. Mietschke: „Was wir aktuell dringend brauchen, sind noch mehr Angebote zum zügigen allgemeinen und berufsbezogenen Spracherwerb.“ Weiterhin forderte er von der Politik, das Handwerk in

### Editorial

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

für manch einen in Deutschland ist die Einführung des Mindestlohns die größte sozialpolitische Errungenschaft seit Einführung der Sozialversicherung Ende des 19. Jahrhunderts. Für andere ist sie schlicht der Untergang des Abendlandes.

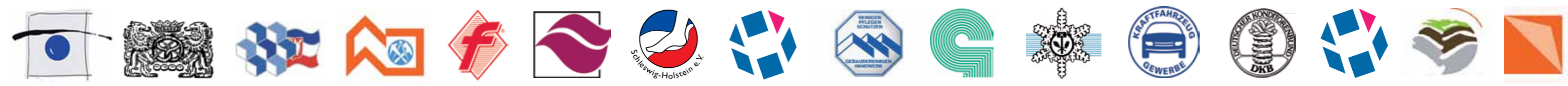


Wir vom Handwerk haben uns nie auf eine solche Schwarzweiß-Malerei eingelassen. Wir haben immer gesagt, dass wir gute Erfahrungen mit branchenspezifischen Mindestlöhnen gemacht haben und 8,50 Euro für die überwiegende Zahl der Betriebe kein Problem darstellt. Aber: Wir kritisieren die immer weiter zunehmende Bürokratisierung, auch im Zusammenhang mit dem Mindestlohn.

Was uns jedoch fast noch mehr verwundert, ist die Wortwahl führender Sozialdemokraten. Sie bezeichnen uns Unternehmer, die tagtäglich für gute Arbeit und Beschäftigung sorgen, wahlweise als „Trottel“, „Ganove“ oder „doof“. Ich frage mich: Sind das Misstrauen und der Generalverdacht gegenüber den Betrieben gerechtfertigt? Ganz klar: nein! Es gibt sicher auch im Handwerk schwarze Schafe. Aber *jedem* Handwerker zu unterstellen, permanent Mindestanforderungen zu unterlaufen und deswegen überflüssige und misstrauensbildende Kontrollmaßnahmen einzuführen, grenzt an einseitige Kriminalisierung. Wir haben wahrlich Wichtigeres zu tun, als uns solche Diffamierungen anzuhören. Ich hoffe daher, dass all dies nur verbale Schnellschüsse gewesen sind...

Ihr

Ulrich Mietschke  
Präsident Handwerk  
Schleswig-Holstein e.V.



der Integrationsfrage nicht allein zu lassen. Gerade für die kleineren Betriebe sei es wichtig, einen Ansprechpartner bei den Behörden zu haben, um anfallende Formalitäten zu erledigen. Es bedürfe dringend einer besseren Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure von Ministerien und Behörden auf Bundes- und Landesebene bis zu den verschiedensten Akteuren vor Ort, damit stets schnelle und pragmatische Lösungen im Interesse der Zuwanderer und Betriebe gefunden werden können. „Gelingt uns dies“, so Mietschke, „haben wir die große Chance, viele neue Fachkräfte für das Handwerk zu gewinnen.“ Ein Allheilmittel gegen den Fachkräftemangel sei dies aber nicht: „Über die Integration von Flüchtlingen hinaus benötigen

wir ein umfassendes Maßnahmenpaket, unterschiedliche Herangehensweisen und Strategien, um den Fachkräftebedarf zu decken.“ Als konkrete Maßnahme lobte Mietschke eine gemeinsame Aktion mit der IKK Nord, bei der mit klugen und durchdachten Angeboten die betriebliche Gesundheitsförderung weiter ausgebaut werde. Mietschke: „Eine gesunde Belegschaft sichert den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes.“ Die allgemeine wirtschaftliche Lage im Handwerk bewertete Mietschke als gut, kritisierte aber schlechter werdende Rahmenbedingungen: Das Tariftrue- und Vergabegesetz, das Landesmindestlohngesetz, das Korruptionsregister, die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf einen bun-

desdeutschen Spitzenwert und die historisch niedrige Investitionsquote des Landes seien Aspekte, „von denen unsere Betriebe sich bis jetzt zum Glück nicht haben klein kriegen lassen.“ Landtagspräsident Klaus Schlie (CDU) erteilte zuvor großen Applaus für sein Versprechen, sich weiterhin für den Erhalt und die Bedeutung des Meisterbriefes einzusetzen. Die zahlreichen Handwerksbetriebe im Norden leisteten einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen Stärke Schleswig-Holsteins. Diese sichere das Handwerk durch eine qualifizierte Ausbildung, die Schlie ausdrücklich lobte: „Wissen und Können sind Grundlage für gut ausgebildete Fachkräfte, starke Betriebe und eine gesunde Zukunft im Handwerk!“

## Misstrauen statt Sicherheit beim Verbraucher

Enno de Vries, Hauptgeschäftsführer des Metallgewerbeverbandes Nord und des Fachverbandes SHK Schleswig-Holstein, Thema: „Verbraucherrechterichtlinie: Der richtige Schutz vor dem ehrbaren Handwerker?“: Anhand dieses provokanten Titels widmete sich RA Enno de Vries den im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Neuregelungen zu Verbraucherverträgen. Dabei wies de Vries anhand zweier Beispielfälle nach, dass diese Änderung der §§ 312 ff BGB zwar einen vermeintlich besseren Schutz von Verbrauchern beabsichtigt, jedoch alles andere als praxistauglich ist. So sieht sich der Handwerker unter anderem aufgrund zusätzlicher Widerrufsrechte des Kunden einem beachtlichen wirtschaftlichen Risiko gegenüber. Diesem kann er nur durch einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand begegnen, indem er aufwändige Informationspflichten beachtet. Dies führt – anders als vom Gesetzgeber beabsichtigt – nicht zu einer zusätzlichen Sicherheit beim Verbraucher, sondern schafft Misstrauen, fasste de Vries die Folgen der Gesetzesänderung zusammen.

## Handwerk fordert Handeln vom Gesetzgeber

Falk Schütt, Geschäftsführer Landesinnungsverband Tischlerhandwerk Hamburg / Schleswig-Holstein, Thema: „Mangelndes Material: Der Handwerker bleibt auf den Kosten sitzen!“ Ein oftmals existenzbedrohendes Ärgernis ist die Problematik der Haftung für die Ein- und Ausbauposten im Falle mangelhaften Materials. Nach einem BGH-Grundsatzurteil aus dem Jahr 2008, welches 2014 bestätigt wurde, hat der Handwerker im Rahmen der Nacherfüllung gegenüber seinem Lieferanten nur Anspruch auf Lieferung eines mangelfreien Produktes, nicht aber auf Erstattung der notwendigen Kosten für den Ausbau des mangelhaften und Einbau des neuen Materials. Um dieses Problem zu lösen, muss der Gesetzgeber handeln und das Gewährleistungsrecht so ändern, dass Handwerker nicht pauschal auf den Folgekosten von Produktmängeln sitzen bleiben, die der Lieferant oder Hersteller zu verantworten hat. Die Regierungskoalition hatte die Lösung des Problems auf Drängen des Handwerks bereits im Koalitionsvertrag aufgenommen und arbeitet aktuell an einer Gesetzesüberarbeitung.



Ulrich Mietschke mit Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann (SPD).



Geschäftsführer Tim Brockmann (re.) unterhält sich mit Tobias von Pein (SPD) und Erk Westermann-Lammers, Vorstand der Investitionsbank Schleswig-Holstein.



CDU-Landesvorsitzender Ingbert Liebing unterhält sich mit Helga Klindt (Vorsitzende der Akademie für die ländlichen Räume).



Der große Saal in der Hermann-Ehlers-Akademie ist nahezu komplett gefüllt.



Vorstände unter sich: Hans Christian Langner (li.) und Klaus Wiese.



Präsident immer im Einsatz: Ulrich Mietschke mit OM Matthias Bauche (li. Foto), Dr. Frank Nägele, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr, Technologie.



Hochkarätige Runde (v. li.): Kammerpräsident Bernd Eichner, BGV-Vorsitzender Thorsten Freiberg, BGV-Hauptgeschäftsführer Georg Schareck, Landtagspräsident Klaus Schlie.



Enno de Vries (li.) und Landesinnungsmeister Eckhart Dencker im Gespräch.



# Berliner Handwerksgespräche: Politik sagt Unterstützung zu

Gemeinsam mit den Handwerkskammern waren wir zu Gast in Berlin, um mit den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD über handwerkspolitische Themen zu diskutieren.

In den Gesprächen ging es zunächst um die Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Die Abgeordneten interessierten sich dafür, welche konkreten Probleme es bei der Beschäftigung von Flüchtlingen gebe und was die Politik für eine bessere Integration leisten könne.

Der Erhalt des Meisterbriefes als qualifikationsgebundener Berufszugang war ein weiteres wichtiges Thema. Präsident Mietschke bedankte sich bei den Abgeordneten für den Beschluss des Deutschen Bundestages zum Meisterbrief. „Der Beschluss ist ein klares und eindeutiges Bekenntnis zum Erhalt des Meisterbriefes. Eine solche uneingeschränkte Unterstützung hätten wir uns auch in Schleswig-Holstein gewünscht“, so Mietschke.

Auch die Position des Handwerks zum Mängelgewährleistungsrecht fand breite Unterstützung. Gleichwohl forderte Geschäftsführer Brockmann, dass den richtigen Worten im Koalitionsvertrag nun auch Taten folgen müssten. Die Handwerksbetriebe dürften nicht länger in der Haftungsfalle bleiben.

Intensiv wurde auch der Mindestlohn diskutiert. Geschäftsführer Brockmann forderte, Korrekturen an den Dokumentationspflichten vorzunehmen. Die CDU-Abgeordneten versprachen, sich für eine Absenkung der Verdienstgrenze auf rund 2000 Euro einzusetzen. Die SPD hingegen zeigte sich in diesem Punkt erwartungsgemäß verhaltener.

Mit den Grünen-Bundestagsabgeordneten Dr. Valerie Wilms und Luise Amtsberg sowie einigen Landtagsabgeordneten sprachen wir in Kiel. Im Mittelpunkt dieses Gespräches stand die Frage der Integration von Flüchtlingen in Handwerksbetrieben.

## Handwerk im Dialog mit Liebing



Gut drei Monate ist Ingbert Liebing (Foto: 3. v. li.) nunmehr Vorsitzender der Nord-CDU. Grund genug für ein erstes intensives Kennenlern-Gespräch mit dem Vorstand von Handwerk Schleswig-Holstein. „Wir haben Herrn Liebing eingeladen, um mehr über seine Ideen für Schleswig-Holstein zu erfahren“, so Präsident Ulrich Mietschke. Ingbert Liebing, dessen Schwerpunkte in Berlin die Kommunal- und Energiepolitik sind, betonte, dass ihm eine gute Beziehung zwischen Handwerk und der Kommune vor Ort wichtig sei. Häufig seien es gerade die Handwerksbetriebe,

die in ländlichen Räumen Arbeitsplätze zur Verfügung stellten. Damit dies auch in Zukunft möglich sei, müsse der Ausbau der digitalen Infrastruktur schneller vorangehen, dies gelte insbesondere für das nördlichste Bundesland. Denn auch Handwerksbetriebe seien zunehmend auf schnelle Internetverbindungen angewiesen, erkannte Liebing.

Unterstützung sagte der CDU-Chef auch für den Erhalt des Handwerkerbonus zu. Eine Aufrechnung des Handwerkerbonus mit der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung lehnte er ab.

## Wahl: de Vries neuer Vorsitzender des LABB

Zu seiner konstituierenden Sitzung kam der Landesausschuss für Berufliche Bildung (LABB) zusammen. Einstimmig wurde Hauptgeschäftsführer Enno de Vries (Metall und SHK) für die Arbeitgeberseite zum Vorsitzenden des LABB gewählt.

Enno de Vries tritt damit in die Fußspuren von „Mister Handwerk“ Hugo Schütt, der von 1974 bis 1998 den Vorsitz inne hatte. Für die Arbeitnehmer wurde Ingo Schlüter als Co-Vorsitzender bestätigt. „Herr de Vries ist ein großer Verfechter der Dualen Ausbildung. Wir gratulieren ihm herzlich zu seiner Wahl“, sagte Geschäftsführer Tim Brockmann. Er freue sich zudem, dass nach 16 Jahren der Arbeitgebervorsitz wieder in das Handwerk und auf die Verbandsseite wechselte.

Erfreut zeigte sich Geschäftsführer Brockmann auch über die Ergebnisse des Gespräches mit der neuen Ministerin für Schule und Berufliche Bildung, Britta Ernst. Die Ministerin habe deutlich gemacht, dass ihr die Berufliche Bildung wichtig sei und dass sich diese nicht der Schulbildung unterzuordnen habe.

## Gebäudesanierung?

### Nicht mit den Ländern...

Die Bundesländer haben die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung trotz sprudelnder Steuereinnahmen erneut scheitern lassen. „Alle sind für Klimaschutz, solange ein anderer dafür bezahlt. Mit einer solchen Haltung der Länder werden wir die Klimaschutzziele nie erreichen“, kritisierte Geschäftsführer Tim Brockmann. Der Klimaschutz sei eine gesamtstaatliche Aufgabe und müsse auch als eine solche verstanden werden. Den Vorschlag, den Handwerkerbonus zur Gegenfinanzierung heranzuziehen, lehnt das Handwerk entschieden ab. Der Handwerkerbonus habe sich als Instrument zur Schwarzarbeitsbekämpfung bewährt. „Wir erwarten von der Politik zeitnah eine Entscheidung, ob die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung kommt oder nicht. Die Hängepartie verhindert Investitionen“, so Brockmann.

Partner des Handwerks:



Herausgeber:

Handwerk Schleswig-Holstein e.V. • Vereinigung der Fachverbände und Kreishandwerkerschaften  
Gablenzstraße 9 • 24114 Kiel • Fon 0431.98179-0 • Fax -22 • info@handwerk.sh • www.handwerk.sh

Gestaltung und Druck: www.joc-marketing.de, Heide